

Wir brauchen eine Bodenreform

ANSGAR VÖSSING

Zugegeben, mit einer Bodenreform haben die Menschen in den neuen Ländern, der untergegangenen DDR, keine guten Erfahrungen gemacht. Nach dem Sieg und der Besetzung durch die Sowjetarmee 1945 wurden alle Grundbesitzer, vornehmlich Bauern, die mehr als 100 Hektar ihr Eigen nannten, als Junker diffamiert und entschädigungslos enteignet. Junkerland in Bauernhand hieß damals der kommunistische Kampfruf.

Tatsächlich bekamen zunächst Landarbeiter, aber auch Flüchtlinge aus Ostdeutschland, Land kostenlos zugewiesen, meist zwei oder drei Hektar pro Person. Oft wussten sie gar nicht, wo diese Splitterflächen auf den ehemaligen Großgrundbesitz lagen. Sie hatten keine Maschinen, keine Tiere, kein Saatgut und keine Wirtschaftsgebäude, die ganze ideologische Aktion war ein Schuss in den Ofen.

Das erkannte und beabsichtige vielleicht auch die SED und ließ in mehreren Wellen die Landwirtschaft zwangskollektivieren. Nicht nur die Bodenreformbegünstigten verloren ihr Land rasch wieder, auch die Bauern mit weniger als 100 Hektar Eigentum wurden in die neuen landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) gezwungen. Viele flohen in den freien Westen, zündeten Ihre Höfe an, begingen Selbstmord. Es herrschte Not und Verzweiflung. Das ist mit einer heute notwendigen, modernen Bodenreform nicht gemeint.

Enteignungen zum Gemeinwohl sieht das Grundgesetz der Deutschen durchaus vor, auch das Ahlener Programm der CDU, freilich gegen eine angemessene Entschädigung. Zur Enteignung von Wohnungsgesellschaften läuft eine entsprechende Initiative in Berlin. Ob sie, selbst bei Erfolg, zu mehr Wohnungen führt, sei dahingestellt. Enteignungen sind nur dann in Erwägung zu ziehen, wenn es sich um ein begrenztes, nicht vermehrbares Gut handelt. Wohnungen aber, auch Banken, gehören nicht dazu, wohl aber Grund und Boden. Fruchtbarer Ackerboden wird, sogar weltweit, immer weniger, wird zugebaut, verweht, verdorrt, die Wüstenbildung schreitet voran, während die Zahl der Menschen weiterhin wächst.

In meiner Jugend, das heißt bei mir in den 70-er Jahren des letzten Jahrhunderts, haben viele jungen Leute von den Landreformen in Lateinamerika geträumt, zugunsten der armen Campesinos, haben Che Guevara-Hemden und Baskenmützen getragen und Gerechtigkeit für Kleinbauern gefordert.

Heute muss man nicht nach Südamerika gehen, um die ungerechte Verteilung von Grund und Boden zu beklagen. Da gibt es natürliche und juristische Personen, häufig Kapitalgesellschaften mit überwiegend ausländischer Beteiligung, die besitzen 2.000 oder sogar 7.000 Hektar Fläche, erhalten dafür auch die volle, ungekürzte EU-Agrarförderung. Das ist keineswegs nur der west- und süddeutsche Adel, der von den Sowjets nicht enteignet wurde.

Junge Menschen studieren heute Landwirtschaft, zumal biologische, beispielsweise an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE) in Eberswalde, obwohl sie kaum eine Chance haben, einen Hof aufzubauen oder zu bewirtschaften, da sie weder eigenes Kapital oder einen reichen Vater noch Aussicht haben, einen Hof zu erben. Nach ihrem Studium müssen sie also fachfremd irgendetwas anderes machen. Die Dörfer verlieren dadurch die Chance, sich zu erneuern und zu verjüngen.

So geht meine Forderung nun dahin, zunächst einmal Kapitalgesellschaften gegen Entschädigung zu enteignen und das Agrarland günstig, mit Krediten flankiert, an junge Familien zu verpachten, die sich eine eigene Existenz aufbauen wollen. Langfristig kann mir keiner erklären, warum ein einzelner Mensch mehr als 100 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche besitzen muss, auf schlechten Böden können es auch 200 sein. Für eine Familie sollten 400 bis 600 Hektar, bei guter Bewirtschaftungsweise, vollkommen als Lebensgrundlage ausreichen. Die vielen Sünden der Kommunisten muss man bei einer solchen Landreform nicht wiederholen.

Mit einer solchen Bodenreform wäre, wenn sie richtig gemacht wird, auch eine ökologische Aufwertung verbunden. Hecken und Feldgehölze könnten bei dieser Gelegenheit gepflanzt und die riesigen Schläge verkleinert werden. Das dient der Artenvielfalt, die auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche in den letzten Jahren besonders gelitten hat. Die ökologische Landwirtschaft hätte in solchen Familienbetrieben mittlerer Größe bessere Chancen als in großen. Auch die Erträge dürften steigen. Wir alle erinnern uns noch an den Sowjetkommunismus, als für die Volksernährung auf dem einen Prozent privater landwirtschaftlicher Nutzfläche, gemeint sind die russischen Hausgärten, fast genauso viel Lebensmittel erzeugt wurden wie auf den weit größeren sozialistischen Kolchosen und Sowchosen. Zugegeben, solche Art Enteignung kostet Geld, ist aber eine Investition in die Zukunft.

Im Übrigen ließen sich die Entschädigungssummen halbieren, wenn man zuvor mithilfe einer Kappungsgrenze großen landwirtschaftlichen Betrieben die EU-Agrarförderung halbiert. Diese verdoppelt den Wert landwirtschaftlicher Nutzfläche, da statistisch die Hälfte der landwirtschaftlichen Einnahmen aus dieser stammt. Man muss einem zu enteignenden internationalen Investor nicht auch noch deutsche Subventionen und Steuer-gelder hinterherwerfen. Der EU-Agrarkommissar hat eine solche Kappungsgrenze immer wieder vorgeschlagen, scheiterte aber an der deutschen Bundesregierung, der, wie schon vor dem Zweiten Weltkrieg, die ostelbischen Großagrarier im Nacken sitzen.

Neue Reformideen sind für den ländlichen Raum dringend notwendig, nicht total oder gar totalitär, sondern einfach mal einen Versuch wert.